



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 18 31 - 33
Fernschreiber 0 886 890

P/XVII/105 - 18. Mai 1962

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite:

Zeilen:

1 - 2	<u>Tragende Gestalt deutscher Politik</u> Geburtstag Wilhelm Kaisers - Ehrentag für Bremen und die Bundesrepublik Von Erich Ollerhauer Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	80
3 - 4	<u>Frankreich wieder einmal am Scheideweg</u> Gefahren an allen Kurven Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer	57
4	<u>"Entlassen"</u> Zu einem Kanzler-Interview	29
5 - 6	<u>Berliner Zahlen</u> Eindrucksvolles Spiegelbild des Behauptungswillens Von Arno Scholz	87
7 - 8	<u>Nicht ohne Rechenstift</u> Landwirtschaftsausstellung in München - im Zeichen des europäischen Marktes Manfred von Jüterzenka	72

* * *
* *

Verantwortlich: Günter Markscheffel

Tragende Gestalt deutscher Politik

Geburtstag Wilhelm Kaisens - Ehrentag für
Bremen und die Bundesrepublik

Von Erich Ollenhauer,

Vorsitzender der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Wilhelm Kaisen, der Präsident des Senats und Bürgermeister der Freien und Hansestadt Bremen, wird am 22. Mai 75 Jahre alt. An diesem Ehrentage werden Berufenere das Lebenswerk Wilhelm Kaisens, das untrennbar mit dem Schicksal der Stadt Bremen verbunden ist, zeichnen und würdigen.

Wilhelm Kaisen und Bremen gehören zusammen. Wilhelm Kaisen ist aber auch heute dem Alter und der Dienstzeit nach der erste unter den Chefs der Landesregierungen der Bundesrepublik Deutschland, und seit der Gründung der Bundesrepublik ist er ohne Unterbrechung Mitglied des Bundesrates. So ist er mehr als Bremens erster Bürger; er ist eine der tragenden Figuren der deutschen Politik seit 1945.

Wilhelm Kaisen ist Sozialdemokrat. Seit 1905, seit seinem 18. Lebensjahr. 1910, als 23-Jähriger besuchte er die Parteischule in Berlin und 1919 beginnt seine Wirksamkeit in Bremen als Redakteur und als Mitglied der Bürgerschaft. In der Nazizeit lebte er auf seinem eigenen Hof, beschattet und verfolgt von den braunen Machthabern, ungebrochen und unverändert als der Sozialdemokrat, der den Glauben an Freiheit, Recht und Menschenwürde nicht aufgibt.

So ist Wilhelm Kaisen auch eine der führenden Gestalten der deutschen Sozialdemokratie. An seinem 75. Geburtstag ehren wir in ihm den Vorsitzenden des Parteirates, der nach dem Parteitag entscheidenden leitenden Körperschaft der Sozialdemokratie. Er hat sich nicht nach diesem Amt gedrängt, aber er gehört an diesen Platz nach Rang und Leistung wie kein zweiter.

Wilhelm Kaisen und seine Partei sind nicht zu trennen. Das heißt nicht, dass sie mit ihm oder er mit ihr immer einverstanden gewesen wäre. Wilhelm Kaisen hat seinen eigenen Kopf, und er kämpft für seine Meinung. Allerdings, es gibt eine Grenze. Er wird sie nie überschreiten, die Erhaltung der Einheit der Partei, der Partei des freiheitlichen und demokratischen Sozialismus. Wilhelm Kaisen hat als junger Mensch noch die deutsche Arbeiterbewegung als eine Einheit vor der Spaltung durch die Kommunisten erlebt. Der Besuch der Parteischule in Berlin im Jahre 1910, auf der er mit den führenden Köpfen der modernen Arbeiterbewegung zusammentraf, hat sein politisches Bewusstsein, seine Vorstellungen von den Aufgaben einer modernen Arbeiterbewegung entscheidend geprägt. Noch heute quälen ihn die verhängnisvollen Folgen

der Spaltung der Arbeiterbewegung und der Verfälschung des wissenschaftlichen Sozialismus durch die Irrlehren und die Gewaltpolitik des Kommunismus.

Die internationale Zusammenarbeit, die Entwicklung einer europäischen und internationalen Ordnung, vor allem der wirtschaftlichen Beziehungen, ist für Wilhelm Kaisen eine der entscheidenden Aufgaben der Gegenwart. Als zu Beginn der fünfziger Jahre die Frage der Mitgliedschaft der Bundesrepublik in der Montanunion zur Entscheidung stand, war Wilhelm Kaisen - im Gegensatz zur Haltung des Parteivorstandes - ein entschiedener Befürworter dieses Zusammenschlusses. Wir stritten heftig. In einer Funktionärversammlung in Bremen gab es ein grosses Rededuell Kaisen - Ollenhauer. Wilhelm Kaisen unterlag, die Mehrheit der Funktionäre folgte der ablehnenden Stellung des Parteivorstandes. Man hat damals viel über diesen Gegensatz in den Fragen der Europapolitik spekuliert. Es war eine sachliche Meinungsverschiedenheit, sachlich und ohne persönliche Schärfen ausgetragen und heute vergessen. Vielleicht schwanzelt Wilhelm Kaisen still vor sich hin, wenn ihm diese Kontroverse in Erinnerung kommt und denkt: Recht habe ich doch gehabt.

Es liegt ihm nicht, das endlose Diskutieren über eine Sache. Er will die Dinge praktisch angepackt sehen. So ist er nicht immer ein geduldiger Präsident des Parteirates. Dabei ist es nicht mangelndes Interesse. In einer Parteiratssitzung vor den Bundestagswahlen diskutierten wir Richtlinien zur Agrarpolitik der Partei. Das war kein ganz einfaches Thema, denn hier gab es sehr unterschiedliche Standpunkte innerhalb der Partei. Nach langen Vorberatungen hatten sich die Sachverständigen geeinigt, der Parteivorstand empfahl die Annahme der Richtlinien. Niemand hatte grosse Neigung, nun noch einmal in diesem grossen Gremium alle Für und Wider zu erörtern. Auch Wilhelm Kaisen nicht. Aber da gab es einen Punkt, der ihn bewegte und der nach seiner Meinung nicht genügend Beachtung gefunden hatte. Wilhelm Kaisen hielt eine seiner eindrucksvollsten Reden über das schwere Alltagsleben einer Bauersfrau und die Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer Änderung. Da sprach der Mann, der drei Jahrzehnte auf seinem Hof lebte mit einer klugen und tapferen Frau an seiner Seite, die alle die Lasten auf sich genommen hatte, als sie 1933 aufs Land gingen und die dieses harte Leben mit ihm gemeistert hatte. Das war der gleiche Mann, der nach 1945 Übermenschliches geleistet hatte, um Bremer wieder zu einem Schwerpunkt des Welthandels und Weltverkehrs zu machen.

Das ist Wilhelm Kaisen. So ist er gewachsen, so hat er sich selbst erporgearbeitet und so hat er immer wieder das Vertrauen seiner Mitbürger und seiner politischen Freunde gefunden. Wir sind glücklich, ihm an seinem 75. Geburtstag Dank sagen zu können. Vielen von uns ist er Beispiel und Ermutigung als Politiker und als Mensch. Es ist unser aller Wunsch, dass wir ihn noch lange Jahre als Mitstreiter, als Freund und als Kameraden in unserer Mitte sehen können.

+ + +

Frankreich wieder einmal am Scheideweg

Von unserem Korrespondenten in Paris, Georg Scheuer

Zwei Strassen kreuzen sich in der gegenwärtigen französischen Krise, von der de Gaulles Pressekonferenz und der Rücktritt der ERP-Minister nur zwei Episoden sind: Frankreichs aussenpolitischer Weg vom nordafrikanischen Kolonialkrieg zurück nach Europa und das innenpolitische Drängen der Opposition zurück zur parlamentarischen Demokratie.

Von Algerien nach Europa

Der militärische Rückzug Frankreichs aus Nordafrika ist von General de Gaulle vor allem Grundlage zu grösserer aussenpolitischer Ellenbogenfreiheit nicht nur gegenüber der Sowjetunion, sondern auch und gerade gegenüber den angelsächsischen Alliierten. Mit dem Fortfall des algerischen Bleigewichtes beginnt für die gaullistische Aussenpolitik jetzt erst die Zeit der eigentlichen Realisationen.

Das war der wesentliche Sinn der Erläuterungen des französischen Staatspräsidenten zur internationalen Lage: die amerikanisch-sowjetische Gespräche, die besonderen Aufgaben Europas vom "Atlantik bis zum Ural" sowie die Notwendigkeit einer eigenständigen französischen Aussen- und Militärpolitik.

Die Ablehnung eines integrierten Europa entspricht nicht nur alten nationalen und konservativen Vorurteilen, sondern vor allem dem Misstrauen gegenüber einer amerikanischen Hegemonie, die von de Gaulle niemals anerkannt wurde. Sie entspricht aber auch dem Streben nach einem eventuellen, direkten und "wirklichen Gespräch mit dem Osten ohne Drohungen und Erpressungen".

Die Abgrenzung Frankreichs von den gegenwärtigen amerikanischen "Sondierungen" in Moskau bedeutet keineswegs Ablehnung einer späteren umfassenden Regelung mit Moskau unter anderen Umständen und - wie es gelegentlich in Paris verstanden wird - auf Kosten Deutschlands, nämlich der Anerkennung der Oder-Neisse-Linie und überhaupt der 1945 von den "vier Siegern" geschaffenen Situation. Das ist der wirkliche Sinn der gaullistischen Aussenpolitik auf lange Sicht. In der Umgebung de Gaulles nennt man diese Politik "realistisch".

Dazu kommt ein entscheidendes innenpolitisches Moment; die gegenwärtige Krise der französischen Armee nach dem Algerienkrieg, den wiederholten Putschversuchen und dem noch nicht beendeten Abenteuer der OAS. De Gaulle betonte zweimal ausdrücklich, dass Frankreichs Armee "aus politischen und moralischen Gründen" mit der französischen Nation enger denn je verbunden werden müsse und sich schon aus diesem Grunde auf europäische Integration nicht einlassen könne.

Parlamentarismus oder Präsidialdemokratie

Die Art und Weise, wie General de Gaulle seine aussenpolitischen Auffassungen ohne vorherige Konsultierung der Minister auf Pressekonferenzen oder in anderen öffentlichen Erklärungen durchzusetzen versucht, erregt den Unmut nicht nur der ausgesprochenen "Europäer" insbe-

sondere der christlich-sozialen Volksrepublikaner MRP und der Sozialisten, sondern der meisten politischen Parteien und Abgeordneten.

Die französische Nationalversammlung gab General de Gaulle seit vier Jahren immer wieder Vollmachten zur Beendigung des algerischen Dramas und zur Verhütung eines französischen Bürgerkrieges. Die Abgeordneten wünschten jedoch keineswegs, daß diese Vollmachten nun auch auf den aussenpolitischen Kurs Frankreichs ausgedehnt werden. - Damit stellt sich die Frage nach dem politischen Gesicht der fünften Republik nach Beendigung des Algerienkrieges.

Die MRP-Minister besetzten in der vierten und fünften Republik immer wieder die Ministerien für Arbeit, soziale Fragen und Verkehr. Ihr Rücktritt gerade jetzt während der Massenstreiks verschärft die soziale Krise. Der Burgfrieden der Gewerkschaften ist gebrochen, andererseits ist die rechtsradikale Gefahr noch nicht gebannt.

Frankreichs Weg von Nordafrika zurück nach Europa ist mühsam und von Gefahren gesäumt.

+ + +

"Entlassen"

Zu einem Kanzler-Interview

sp - Es ist verständlich und lobenswert, wenn sich der Bundeskanzler noch vor seinem Staatsbesuch in Frankreich bemüht, die zur Zeit ziemlich verworrene Situation im Verhältnis zwischen Washington, Paris und Bonn etwas aufzulockern. Präsident Kennedy hat von sich aus versucht, die Wogen zu glätten, wenn er auch ziemlich deutlich in seiner Donnerstag-Pressekonferenz durchblicken liess, er werde sich weder von Herrn de Gaulle noch von Herrn Adenauer daran hindern lassen, die für nötig gehaltenen Besprechungen mit den Russen fortzuführen. - Bei aller Rücksichtnahme auf Empfindlichkeiten meinen wir jedoch, dass sich Dr. Adenauer bei s e i n e n Interviews gründlich überlegen sollte, was er sagt. Da finden wir z.B. in einer grossen westdeutschen Zeitung den Satz "Wir dürfen Amerika unter keinen Umständen aus der Verteidigungsgemeinschaft e n t l a s s e n , ohne die USA sind wir verloren".

Wir wissen nicht, was sich Herr Adenauer dabei gedacht haben mag, als er von "entlassen" sprach. Man "entlässt" einen Botschafter, vielleicht auch einen Verwaltungsinspektor, sofern er silberne Löffel gestohlen hat oder sonst etwas tat, was unrecht ist. Schwerfallen dürfte es jedoch dem Regierungschef der Bundesrepublik, die USA zu e n t l a s s e n . Man nehme es uns nicht übel: d i e s e s Wort Adenauers klingt so, als ob ein uralter Firmenchef zu seinem Buchhalter sagt "Nehmen Sie sich in acht, junger Mann, sonst könnte ich Sie entlassen".

Sollte der Bundeskanzler jedoch gemeint haben, er und sein Freund de Gaulle müssten sich so verhalten, dass die Regierung der USA nicht auf den Gedanken kommt, man wünsche Amerikas Partnerschaft in Europa nicht und werde deswegen nichts tun, was in Washington als eine Absage an die USA ausgelegt werden könnte, dann sind wir mit Herrn Dr. Adenauer einverstanden. Auch Adenauer-Worte können selbst jetzt noch schwer wiegen, wie man seit einiger Zeit vielleicht sogar im Kanzlerpalais festgestellt haben dürfte ...

+ + +

Berliner Zahlen

Von Arno Scholz

2,7 Millionen Menschen haben in den letzten 15 Jahren Ost-Berlin und die Sowjetzone verlassen. Das war eine Abstimmung mit den Füßen gegen ein System der fortgesetzten Unterdrückung und der Unfähigkeit, ihrer Bevölkerung einen nur einigermaßen gesicherten Lebensstandard zu geben.

Dieser Aderlaß - den die Zone und nicht wir hätte verhindern können, wenn sie den Menschen etwas mehr Freiheit und bessere Lebensbedingungen gegeben hätte - war für Ulbricht der Grund, die Mauer zu errichten. Heute steht sie als einzigartiges "Denkmal" da und gibt jedem die Möglichkeit, Terror und Unterdrückung zu fotografieren.

Der Schock, den die Errichtung der Mauer auslöste, ergab im August 1961 bei der Berliner Sparkasse einen Auszahlungsüberschuß von 16 Millionen DM. Dieser fiel aber schon im September 1961 auf 8 Millionen, im Oktober auf 4 Millionen. Im Dezember 1961 hatte sich Berlin bereits gefangen und einen Einlagenüberschuß von 2 Millionen zu verzeichnen. Die Gesamteinlagen standen 1961 bei 984 Millionen gegenüber 925 Millionen im Jahre 1960. Davon waren 787 Millionen Spareinlagen, die Ende Januar 1962 bereits 800 Millionen überschritten.

Die Industrie-Produktion West-Berlin hatte in den letzten zehn Jahren eine ungewöhnlich hohe Zuwachsrate. Wenn man 1950 = 100 setzt, so lag der Produktions-Index 1950 bei 32 und 1961 bei 167.

Die Industrie-Umsätze lagen 1950 bei 10,8 Milliarden. In der Zeit von 1950 bis 1960 verfünffachte sich die Industrie-Produktion in Berlin. In der gleichen Zeit verdreifachte sie sich in der Bundesrepublik (1950 = 113%, 1961 = 301%).

Die Zahl der Beschäftigten lag 1950 bei 883 000 und 1961 bei 914 000. Die Zahl der Arbeitslosen stand 1950 bei 312 000 und Ende Februar 1962 bei 16 617.

Zugang überwiegt Abgang

Die Abwanderung betrug im August 1960 11 542, der Zugang 12 280. Im August 1961 war eine Abwanderung von 16 824 im Gegensatz zu einem Zuzug von 28 363 zu verzeichnen. Im September 1961 - als nach Errichtung der Mauer - gab es zunächst einen Umbruch. Es verzogen 13 595 und es kamen nur 8351. Die Zahl der Abwanderungen sank im gleichen Verhältnis, wie die Spareinlagen wieder zunahm. In der zweiten Februarwoche 1962 zogen z.B. 1193 Menschen nach Berlin und 1103 wanderten ab. Von Beginn des Jahres 1962 bis zur zweiten Februarwoche waren 8885 Fortzüge und 7241 Zuzüge zu verzeichnen.

Der Aufbauwille und der Umfang der Bautätigkeit Berlins läßt sich daran ersehen, daß genau 100 Brücken in West-Berlin neu errichtet wurden und der Senat im Oktober 1961 melden konnte, daß die 200 000. Wohnung bezogen worden ist. Neben den 200 000 Wohnungen errichtete Berlin das Hansaviertel, eine Repräsentation moderner Baukunst, die Freie Universität, die Deutsche Oper, das Schiller-Theater, das Telefonknochen-Hochhaus, baute wieder auf das Charlottenburger Schloß, Schloß Bellevue,

Die Gedächtniskirche, war Bauherr der Stadtautobahn, der Nordbogen-Brücke, neuer U-Bahn-Linien (Tegel-Hansaviertel-Steglitz), nahm den Wiederaufbau des Reichstagsgebäudes und die Wiederherstellung des Tiergartens in Angriff.

Die Berliner Wirtschaft muß durch Investitionen auf den modernsten Stand gebracht werden. Dazu dienen bisher schon Präferenzen auf Einkommen-, Lohn- und Körperschaftsteuer in Höhe von 20 Prozent und erhöhte Abschreibungen bis zu 75 Prozent des Investitionswertes. Diese Erleichterungen gelten für Berliner, aber auch für die westdeutschen und ausländischen Unternehmen, die nach Berlin gehen. Aus Berliner Wirtschaftskreisen wird eine Erhöhung der Steuerpräferenz auf 30 Prozent und eine Erhöhung der Abschreibungen bis zu 100 Prozent vorgeschlagen. Auch die Industrie- und Handelskammer in Berlin unterstützt diese Forderung, um einen besonderen Anreiz für westdeutsche und ausländische Unternehmen zu bieten, in Berlin Filialen zu errichten.

Geplante Erleichterungen

Beschäftigte aus dem Bundesgebiet, die vorübergehend oder ständig nach Berlin gehen, erhalten die gleichen Lohnsteuer-Präferenzen wie die Berliner. Dazu werden ihnen die Reisekosten zur Arbeitsstelle und zum Besuch ihrer Angehörigen ersetzt. Für junge Menschen gibt es ein Darlehen bis zu 3000 D-Mark für die Familiengründung.

Zur Zeit wird noch geprüft, welcher Weg gegangen werden soll, um den in Berlin Beschäftigten entweder fünf Siebentel des Arbeitnehmeranteils für die Invaliden- und Angestelltenversicherung abzunehmen oder ihnen einen entsprechenden Zuschlag steuerfrei auf das Brutto-Einkommen zu gewähren, in erster Linie deswegen, weil die bisherigen Präferenzen sich für den sehr großen Teil der Arbeitnehmer bis 900.-- DM Monatsverdienst nicht auswirken.

Als Zwischenlösung: Um für die Berliner einen Ausgleich für den Nachteil zu schaffen, daß sie erst rund 200 km fahren müssen, um an einen Urlaubsort zu kommen, erhält jeder erwachsene Berliner einmalig eine Urlaubsvergütung von 100.-- DM und jedes Kind eine solche von 50.-- DM.

Das neue Gesicht Berlins, soll durch ein umfangreiches Bauprogramm geprägt werden. Große Kulturbauten sind entlang der Spree geplant, mit dem Charlottenburger Schloß als neuem Mittelpunkt für die Messe. Im Tiergarten wird der Bau der Philharmonie beendet und daneben eine Zentralbibliothek errichtet, sowie eine neue "Galerie des XX. Jahrhunderts". Ferner sollen eine Bundes Sprachenschule und ein Technisches Zentrum entstehen, in dem die gesamte technische Literatur untergebracht werden soll. Erweiterungsbauten der Freien Universität und der Technischen Universität sind neben einem Ingenieurzentrum vorgesehen. Berlin soll ein Kultur- und Forschungszentrum werden, bis es seine eigentliche Aufgabe wieder erfüllen kann, Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschlands zu sein.

+ + +

Nicht ohne Rechenstift

Von Manfred von Juterzenka

Am Sonntag wird in München die 47. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft eröffnet. Die bayerische Landeshauptstadt sieht damit die bedeutendste europäische Landwirtschaftsausstellung, über 100 Aussteller aus ganz Europa und den USA machen bis zum 27. Mai die Isarstadt zum "grünen Mekka".

Schon in den vergangenen Jahren standen fast alle landwirtschaftlichen Ausstellungen in der Bundesrepublik zunehmend im Zeichen des Gemeinsamen Europäischen Marktes. Während bisher jedoch hinter den Kulissen immer noch Platz war für die stille Hoffnung, es werde nicht so heiß gegessen, wie es gekocht wird, stehen diesmal die Brüsseler Beschlüsse vom 14. Januar mit ihren zur Teil schon am 1. Juli wirksam werdenden Einzelmaßnahmen als nicht zu überschender Fakt fest.

Die Münchener DLG-Schau wird daher mehr als alle anderen Ausstellungen dieser Art vorher den um eine Lösung ihrer schwierigen Anpassungsprobleme besorgten Landwirten aus der Bundesrepublik wertvolle Hinweise geben können, was jetzt noch getan werden kann, um wenigstens dort weitgehend "Anschluss" zu finden, wo bisher manches aus konservativer Sorglosigkeit versäunt wurde.

Intensivere Mechanisierung

Das trifft vor allem für eine noch intensivere Mechanisierung zu und eine vordringliche Beachtung der Strukturförderungsmaßnahmen. Wer immer noch glaubt, nach Großväterart wirtschaften zu können, wird bereits in kurzer Zeit hilflos auf der Strecke bleiben. Es ist zwar nicht mehr lange Gelegenheit, noch wirksame Maßnahmen zielstrebig in Angriff zu nehmen, aber selbst dann, wenn München wenigstens den Erfolg zeitigt, auch die letzten Landwirte vor der Notwendigkeit des Udenkens überzeugt zu haben, wäre das schon sehr zu begrüßen.

Leider gab es bisher gerade auf dem Gebiet der psychologischen Vorbereitung auf die zu erwartende neue Marktsituation von manchen Seiten erhebliche Bremseffekte. Da die Zeit des "Laissez-faire" jedoch endlich überall überwunden zu sein scheint - die Brüsseler Entwicklung zwang ganz einfach dazu - sollte es der deutschen Landwirtschaft auch möglich sein, mit den Schwierigkeiten fertig zu werden.

Eine wesentliche Rolle dabei wird jedoch in Zukunft auch für den landwirtschaftlichen Betriebsleiter der Rechenstift spielen und eine ordentliche Buchführung. Nachdem die Parolen von "Produzieren um jeden Preis!" der Forderung nach der Anpassung an die Marktlage gewichen sind, kommt es mehr als zuvor darauf an, auch marktgerecht und so rentabel wie möglich zu produzieren.

Daß dabei der Einsatz von technischen Hilfsmitteln entscheidend ist, weiß heute fast jeder Bauer. Nur sollte er sich nicht durch das

große Angebot und den Blick auf den Nachbarn dazu verleiten lassen, Maschinen anzuschaffen, die im Endeffekt unrentabel für seinen Betrieb sein würden. Leider hat es in der Vergangenheit schon zu viele derartige Fehlinvestitionen gegeben.

Bei der Fahrt zur Münchener DLG-Schau mit ihrem riesigen Angebot vielfältiger Landmaschinen sollte daher jeder Landwirt nicht nur das notwendige Interesse für Mechanisierungsfragen mitbringen, sondern auch einen dicken Rechenstift im Reisegepäck nicht vergessen. Und wenn er selbst Zweifel hat, ob sich der Kauf einer bestimmten Maschine später rentiert oder nicht, so bleibt ihm stets der Gang zum Kuratorium für Technik in der Landwirtschaft, wo er gewiß gut beraten werden dürfte.

Hessen als Beispiel

Auch die Frage der Gründung von Maschinengemeinschaften sollte mehr als bisher im Vordergrund der Diskussionen stehen. Besonders in Hessen hat man mit dieser Einrichtung schon großartige Erfolge erzielen können, die sich durchaus auch in anderen Bundesländern erreichen ließen.

Die Angst vor dem "Maschinenkollektiv" ist zwar heute noch vielfach zu beobachten - die Vorgänge im Osten Deutschlands werfen dabei ihre Schatten über die Zonengrenze - doch eine aus freiem Entschluß selbständiger Bauern nur im Interesse größerer Rentabilität gegründete Maschinengemeinschaft wird von der offiziellen Agrarpolitik der Bundesregierung nicht nur geduldet, sondern - zu Recht - sogar gefördert.

Einen besonderen Erfolg aber möchte man den zahlreichen Lehr- und Sonderschauen anlässlich der DLG-Wanderausstellung wünschen. Wenn auch sonst zuweilen bei reinen Interessenversammlungen in der Landwirtschaft noch "leeres Stroh" gedroschen wird, hier haben die Bauern eine reelle Chance, sich wirklich gut und sachlich über den neuesten Stand zu informieren. Hoffen wir also, daß manche Münchener Anregung, deren es gewiß viele geben wird, schon bald auf fruchtbaren Boden fällt. Auch der Verbraucher in der Stadt würde eines Tages davon profitieren können.